

Ein Übergang voller Würde

BURKINA FASO Das Militär, das nach dem Volksaufstand gegen Präsident Compaoré die Macht ergriffen hatte, macht den Weg für eine zivil geführte Übergangsregierung frei

VON DOMINIC JOHNSON

BERLIN taz | Es war eine würdevolle Feier, mit der Burkina Faso in der Nacht zum Montag die Weichen für seine politische Zukunft gestellt hat. Zweieinhalb Wochen nach dem Sturz des Langzeitherrschers Blaise Compaoré bekommt die Republik einen zivilen Übergangspräsidenten: den Diplomaten Michael Kafondo, der das Land bis zum nächsten regulären Wahltermin im November 2015 führen und dann die Macht an einen gewählten Nachfolger übergeben soll. Um 3.45 Uhr stand der Name fest, und das war der Höhepunkt und zugleich der Abschluss einer historischen Nacht.

Den Auftakt hatte Oberstleutnant Yacouba Isaac Zida gemacht, der Burkina Faso seit dem 1. Oktober regierte. Zida unterzeichnete zunächst die „Übergangscharta“, auf die sich alle politischen Kräfte des Landes in den vergangenen zwei Wochen geeinigt hatten. Dann hielt er eine Abschiedsrede, auf der er den Volksaufstand gegen Compaoré Ende Oktober und die friedliche Entwicklung seither würdigte.

„Seit dem 30. Oktober hat sich das burkinische Volk mit sich selbst und mit seiner Geschichte versöhnt“, so Zida. „Im Symbolismus des Mutes, der Aufrichtigkeit und der Ehre, die das burkinische Volk seit jeher kennzeichnen, hat der Volksaufstand des 30. Oktober 2014 unserem geliebten Vaterland Burkina Faso seine Würde und seinen Respekt zurückgegeben.“ Das Volk habe gesiegt, und es bestehe jetzt die Gelegenheit, zu den revolutionären Idealen von 1983 zurückzufinden – damit bezog sich Zida auf die Machtergreifung des jungen Soldaten Thomas Sankara damals, die in Afrika als revoluti-



Die Jugend hatte ihren Spaß: Diebstahl eines Polizeimotorrads vor Burkinas Parlament, 30. Oktober Foto: ap

onäre Erneuerung wahrgenommen wurde.

Zida traf damit für Burkina Faso genau den richtigen Ton, voller Stolz und Geschichtsbewusstsein. Dem vorausgegangen waren intensive Verhandlungen zwischen den politischen Kräften, in denen klar wurde, dass weder das Militär allein regieren kann noch die zivile Opposition einen Machtverbleib von Compaoré-Freunden unter dem Deckmantel einer Übergangsregierung tolerieren würde. Ob Letztere überhaupt eine Rolle spielen dürfen, war anfangs umstritten. Man einigte sich darauf, niemanden auszuschließen.

Die „Übergangscharta“ legt gleich in Artikel 1 die Werte fest, denen alle zu folgen haben: „Verzeihung und Versöhnung, Inklusion, Verantwortungssinn, Toleranz und Dialog, persönliche Integrität, Würde, Disziplin und

„Das burkinische Volk hat sich mit sich selbst versöhnt“

OBERSTLEUTNANT ISAAC ZIDA

Bürgersinn, Solidarität, Brüderlichkeit, Sinn für Konsens und Verstand.“ Konkreter wird es beim Wahlkolleg für den Übergangspräsidenten, dessen Zusammensetzung die Machtverhältnisse widerspiegelt: Die politischen Parteien, die zivilgesellschaftlichen Gruppen und das Militär entsandten je fünf Vertreter, traditionelle und religiöse Autoritäten zusätzlich acht. Im noch zu bestimmenden Übergangsparlament bekommen die Parteien 40 Sitze – 10 für das Compaoré-Lager, 30 für die bisherige Opposition; Zivilgesellschaft und Militär halten je 25.

Burkinas Medien weisen darauf hin, dass es seit Compaorés Sturz ausschließlich um Postenverteilung gegangen sei; das müsse sich jetzt ändern. „Damit Burkina Faso die Ereignisse vom 30. und 31. Oktober nicht noch einmal erlebt, muss es um die Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit, des Zugangs zu Gesundheits- und Bildungsweisen, die Überfüllung der Universitäten und die mangelnde Versorgung gehen“, mahnt ausge-rechnet die Regierungszeitung *Sidwaya*.

Der frischgekürte Staatschef Kafando sagte nach seiner Ernennung, seine Wahl sei „eine schwierige Verantwortung“. Sein Ziel sei „eine wahrhaft demokratische Gesellschaft, in der soziale Gerechtigkeit, Toleranz und die Einheit der Herzen die wichtigsten Bezugspunkte sind.“ Und er fügte hinzu: „Gott helfe uns.“

Friedensverhandlungen abrupt ausgesetzt

KOLUMBIEN Nach dem Verschwinden eines Generals bleibt die Regierungsdelegation vorerst zu Hause

BUENOS AIRES taz | In Kolumbien sorgt das Verschwinden eines Generals der Armee für Verwirrung. Klar ist bisher lediglich, dass Präsident Juan Manuel Santos die Friedensverhandlungen zwischen seiner Regierung und der Guerilla-Organisation Farc mit sofortiger Wirkung ausgesetzt hat. Die Gespräche hätten am Montag in der kubanischen Hauptstadt Havanna fortgesetzt werden sollen. Nach Bekanntwerden der mutmaßlichen Entführung sorgte Santos dafür, dass die Regierungsdelegation zu Hause blieb. „Diese Verhandlungsrunde wird solange ausgesetzt, bis die Umstände geklärt und die betroffenen Personen frei sind“, sagte Santos. „Wir verlangen von den Kidnappern (alles deutet daraufhin, dass es die Farc sind), dass sie so schnell wie möglich freigelassen werden,“ twitterte er.

Das Verschwinden des Generals wirft bisher vor allem Fragen auf, die auch der Präsident nicht beantworten kann. Nach Angaben von Provinzgouverneur Efrén Palacios war der General am Sonntag in der nordwestlichen Pazifikprovinz Chocó in einem Boot unterwegs. Er soll vorgehabt haben, ein Projekt zur Energiegewinnung in der Nähe der Provinzhauptstadt Quibdó am Río Atrato zu besichtigen. Beim Anlegen wurden er und seine Begleiter von Bewaffneten überrascht. Der General, die Projektberaterin sowie ein weiterer Soldat wurden verschleppt. Der Soldat, der das Boot steuerte, konnte fliehen.

Präsident Santos räumte ein, es gäbe „Umstände, die aufgeklärt werden müssen.“ So sei der General in ziviler Kleidung in einem als rot markiertem Gebiet, womit die Präsenz der Farc gekennzeichnet ist, unterwegs gewesen. Unklar sei auch, warum der General seinem Wachschutz befohlen habe, ihn nicht zu begleiten, und zudem die warnenden Hinweise des steuernden Soldaten ausschlug. „Ich möchte, dass man mir erklärt, warum Brigadegeneral Alzate alle Regeln des Sicherheitsprotokolls ver-

letzt hat und in Zivil in einer roten Zone unterwegs war“, verlangte Santos von seinem Verteidigungsministerium

„Das ist eine Entführung, man muss die Sache beim Namen nennen“, sagte Verteidigungsminister Juan Carlos Pinzón. Er bestätigte jedoch lediglich, dass der General in Zivilkleidung unterwegs war und vermutet, die Entführer könnten Mitglieder der 34. Front der Farc sein. Den genauen Ort der Entführung könne er jedoch nicht angeben. Dass Pinzón das Internationale Komitee des Roten Kreuzes um eine Vermittlung bei der Freilassung bat gebeten hat, deutet zudem auf seine vorläufige Ratlosigkeit hin.

Rubén Darío Alzate Mora, 55 Jahre alt, ist verheiratet und Vater von zwei Kindern. Der mit

Warum verletzt ein General alle Regeln und fährt ohne Schutz ins Guerillagebiet?

zahlreichen Auszeichnungen und Medaillen behaftete Brigadegeneral hat eine bisher erfolgreiche 31-jährige Karriere hinter sich. Zeitweise war er für die Bekämpfung von Entführungen in ländlichen Gebieten zuständig. Im Januar diesen Jahres wurde er in das Kommando La Fuerza de Tarea Titán aufgenommen, unter dessen Führung die Farc im südöstlichen Kolumbien bekämpft werden soll.

Nach Angaben der kolumbianischen Zeitung *Semana* hatte der General das Boot geordert, um zu einem abgelegenen Gutshaus bei einem als Las Mercedes benannten Ort zu fahren. Begleitet wurde er von der Koordinatorin für spezielle Projekte des Militärs im Chocó, Gloria Urrego. Als sie das Boot verließen und zu dem Gehöft unterwegs waren, seien sie von Farc-Rebellen überrascht worden, die sich offensichtlich auf dem Gut eingenistet hatten, so *Semana*. **JÜRGEN VOGT** Meinung + Diskussion SEITE 12

Ausweg aus der Ehe nur für Reiche

PHILIPPINEN Das erzkatholische südostasiatische Land ist neben dem Vatikan das weltweit einzige ohne Scheidungsrecht. Die Versuche einer Partei, dies zu ändern, dürfte die Kirche erneut vereiteln

VON HILJA MÜLLER

PEKING taz | Wenn Evelina Maranang einmal im Jahr nach Hause auf die Philippinen fliegt, ist ihre Vorfreude nicht unge-trübt. „Ich kann es kaum erwarten, meine Kinder wieder in die Arme zu schließen. Aber ich muss aufpassen, dass ich meinem Mann nicht begegne“, sagt die 42-Jährige, die als Haushalts-hilfe in China arbeitet.

Maranang ist eine von mehr als 10 Millionen Philippinern, die im Ausland Geld verdienen, damit die Familie zu Hause überlebt. Ihr Mann hat keinen Job, seine Zeit verbringt er beim Kartenspiel, die Kinder ziehen die Großeltern auf. „Jetzt hat er überall Schulden, und will, dass ich die bezahle. Seine Gläubiger sind auch hinter mir her, ich bin ja seine Frau“, erzählt Maranang. „Dabei liebe ich ihn schon lange nicht mehr, und wünsche, ich wäre nicht mit ihm verheiratet.“

Doch wie unzählige Landsleute steckt sie in einer Ehe fest, die mit Liebe und Fürsorge nichts mehr zu tun hat. Die Philippinen sind neben dem Vatikan das weltweit einzige Land ohne ein Recht auf Ehescheidung. Und es sind die Vertreter des Vatikans, die dafür sorgen, dass dies so bleibt. Das einst von den Spaniern christianisierte Land ist erz-



Auf dem Weg zur Trauung ohne Scheidungsrecht in Manila Foto: reuters

katholisch, mehr als 80 Prozent der Bevölkerung bekennen sich zu diesem Glauben. Ungehindert mischen sich die Kirchenvertreter in gesellschaftspolitische Belange ein und drohen gern von der Kanzel, um Politiker auf katholischem Kurs zu halten.

Das Thema Scheidung ist ein rotes Tuch für die schwarz gekleideten Kirchenmänner: Dieses Teufelswerk würde nur zum Auseinanderfallen von Familien und zu gestörten Kindern führen, erboste sich die Katholische Bischofskonferenz der Philippinen während einer Plenums-sitzung. Dass das Gebot der Treue und die Institution der Ehe auf den Philippinen längst nicht mehr heilig

sind, wird geflissentlich ignoriert. Die Realität in dem südostasiatischen Land ist nicht anders als im gern als schlechtes Beispiel zitierten Westen: Viele Ehen scheitern, Frauen bleiben in der Regel mit den Kindern sitzen – ohne Anspruch auf Unterhalt. Und ohne Chance, legal ein Leben an der Seite eines neuen Partners aufbauen zu können.

Diesen Zustand versucht die linke Frauenpartei Gabriela schon seit vielen Jahren zu ändern. Regelmäßig bringt sie Gesetzesvorlagen im Kongress ein, die Scheidung und Unterhaltsregelungen ermöglichen würden. Luzviminda Ilagan verfielt die jüngste Version. „Sie sieht die

Möglichkeit einer Scheidung nach Filipino-Art vor“, erklärte die Politikerin. Das heißt, dass die Auflagen – etwa eine vorherige fünfjährige Trennung – vergleichsweise streng sind.

Helfen würde dieses Gesetz vor allem jenen, die sich nicht wie die Reichen des Landes eine Annullierung ihrer Ehe leisten können. Wer indes umgerechnet mehrere tausend Euro für ein ihn für eheunfähig erklärendes psychiatrisches Gutachten und ein Gerichtsverfahren hinblättern kann, muss nicht fürchten, für ewig an den falschen Partner gebunden zu sein. „Bei uns haben nur die Reichen eine Chance, aus kaputten Ehen heil rauszukommen. Das muss aufhören“, sagt Ilagan kämpferisch.

Zwar gibt es im Kongress auch Unterstützer, doch wenige Politiker wagen es, ihre Meinung öffentlich zu machen. Gerade jetzt, wenige Monate vor dem im Januar 2015 geplanten Philippinen-Besuch von Papst Franziskus, haben die Geistlichen kein Problem, ihren Einfluss auf Politiker und Wähler geltend zu machen.

Obgleich die Reise des Papstes laut Radio Vatikan „geprägt sein wird von Barmherzigkeit und Mitgefühl“, wird sich an der bitteren Ehe-Realität von Evelina Maranang und vielen anderer Philippinern nichts ändern.

ANZEIGE

BESTELLEN SIE DAS FOTOBUCH 2014 UND UNTERSTÜTZEN SIE DIE PRESSEFREIHEIT

REPORTER OHNE GRENZEN
FÜR INFORMATIONSFREIHEIT

Unterstützen Sie uns und bestellen Sie **Fotos für die Pressefreiheit 2014** (14,00 € inkl. Versand) online.

WWW.REPORTER-OHNE-GRENZEN.DE

Mit den Verkaufserlösen finanziert **Reporter ohne Grenzen** Anwaltskosten, medizinische Hilfe und Öffentlichkeitsarbeit für verfolgte Journalistinnen und Journalisten